

Berger, Rolf

Article — Digitized Version

## Forderungen an eine europäische Forschungspolitik

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Berger, Rolf (1970) : Forderungen an eine europäische Forschungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 6, pp. 380-383

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134137>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Forderungen an eine europäische Forschungspolitik

Dr. Rolf Berger, Bonn

Die europäische technologische Zusammenarbeit verdankt ihre Publizität weniger besonderen Erfolgen als vielmehr verschiedenartigsten Kassandraruhen. Europas „Technological Gap“ brachte als jahrelanger internationaler Gesprächsgegenstand, der in Politik, Verwaltung und Publizistik ganze Heerscharen von „Gapologen“ auf den Plan rief, für die europäische Forschungspolitik die Gefahr des Absterbens, bevor sie recht zum Leben erweckt war. Im krassen Gegensatz zu den vielfältigen Beteuerungen der Politiker, daß ohne europäische Anstrengungen Europas Rückstand in Forschung und Entwicklung nicht überwunden werden könne und Europa einem politischen Helotentum verfallen werde, standen die zahlreichen Krisen, von denen die internationale Zusammenarbeit zur gleichen Zeit heimgesucht wurde. Zwar gab es zahlreiche Ansätze einer europäischen Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, jedoch hatte der unbefangene Betrachter den Eindruck, daß in der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung nicht nach dem Grundsatz des management by objectives gearbeitet, sondern ein neues Parkinsonsches Gesetz des management by dissenting entwickelt wurde.

### Management by Dissenting

Dies alles brachte der internationalen Zusammenarbeit den Ruf der Schwerfälligkeit, Ineffizienz und politischen Anfälligkeit ein. Statt einer Neube-

*Rolf Berger, Dr. jur., 36, Regierungsdirektor im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, ist Referent für internationale Wissenschaftspolitik. Gleichzeitig nimmt er einen Lehrauftrag für Forschungspolitik an der Technischen Universität Hannover wahr.*

sinnung auf die Ziele einer europäischen Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, werde unreflektiert auf nationale Aktivitäten als alleinige Heilmittel zurückgegriffen und allenfalls eine bilaterale Zusammenarbeit für erfolgversprechend gehalten. Diese Haltung ist um so erstaunlicher, als allen an der Forschungsförderung Beteiligten einleuchtet, daß Länder von der durchschnittlichen Leistungskraft auch der größeren europäischen Staaten nicht in der Lage sind, die notwendige kritische personelle und finanzielle Masse auf allen wichtigen Forschungsgebieten oder auch nur auf einzelnen Großforschungsgebieten zu erreichen.

Besinnt man sich auf den Grundsatz des management by objectives und fragt nach den Zielen einer europäischen Zusammenarbeit in der Forschungspolitik, so muß genauer gefragt werden, was die Ziele sein könnten, da bisher allenfalls von Zielansätzen gesprochen werden kann. Die Schwierigkeit einer Zieldefinition für eine europäische Zusammenarbeit in der Forschungspolitik liegt darin, daß zunächst im Rahmen der nationalen Zielsetzung mehrere Teilziele, z. B. wissenschaftspolitische, gesellschaftspolitische, wirtschaftspolitische und europapolitische Ziele zur Abstimmung gebracht werden müssen. Nach diesem nationalen Abstimmungsprozeß wiederum müssen Ziele auf internationaler Ebene mit den nationalen Zielvorstellungen der einzelnen Partner zur Deckung gebracht werden. Trotz dieser für jede internationale Zusammenarbeit geltenden Schwierigkeiten kann erwartet werden, daß übereinstimmende Zieldefinitionen aus der Vielzahl der Interessen herausdestilliert werden können; hierbei dürfte neben der sachlichen und politischen Attraktivität der Forschungspolitik der glückliche Umstand förderlich sein, daß Forschung und Entwicklung nicht,

wie etwa die Agrarpolitik, zu den innenpolitisch neuralgischen Punkten zählen, oder wie die Konjunkturpolitik innenpolitisch in die Auseinandersetzung der Parteien sowie europapolitisch in die Unterschiedlichkeit politischer Schwerpunktsetzung geraten ist.

### Rangfolge der Ziele

Auf dem Gebiet der Forschungspolitik sind die großen übereinstimmenden nationalen Ziele aller westeuropäischen Industriestaaten

- die Anhebung oder Aufrechterhaltung des wissenschaftlichen Niveaus, um im internationalen Vergleich den Weltstandard zu erfüllen,
- die Erfüllung öffentlicher Aufgaben mit Hilfe der Forschung,
- die Förderung des Wirtschaftswachstums zur Wohlstandssicherung.

Diese übereinstimmenden nationalen Ziele, die in ihrer Gewichtung selbstverständlich oft wesentliche Nuancierungen aufweisen, müssen im Rahmen einer europäischen forschungspolitischen Zusammenarbeit zusätzliche europäische Ziele berücksichtigen. Diese Ziele können sein:

- Ökonomisch – Kostenersparnis durch Kenntnisaustausch und Arbeitsteilung,
- Ordnungspolitisch – Koordination durch gemeinsame Planung bestimmter Ressourcenverwendung,
- Integrationspolitisch – Schaffung einer gemeinsamen Politik.

Hierbei enthält die Aufzählung eine Rangfolge, nach der die erstgenannten Ziele immer in den folgenden enthalten sind.

Trotz relativ weitgehender Übereinstimmung der nationalen Ziele aller westeuropäischen, und sogar teilweise mit den osteuropäischen Staaten, ist eine Strategie der internationalen Zusammenarbeit im europäischen Rahmen noch nicht in Sicht. Nachdrückliche politische Anstrengungen sind notwendig, um sich über gemeinsame Zielsetzungen zu einigen, die je nach dem wünschenswerten Grad der Zusammenarbeit und den mit ihr verfolgten politischen Zielen einer der drei genannten Kategorien für die internationale Zusammenarbeit zugeordnet werden müssen. Dabei sollte sich die politische Anstrengung, gemeinsame Ziele im Bereich der forschungspolitischen Zusammenarbeit zu definieren, an folgender Modellskizze für eine europäische Zusammenarbeit orientieren.

### Fernziel: Gemeinsame Politik

Der engste multilaterale Rahmen ist die Europäische Gemeinschaft, der Vorschläge für die

nukleare Zusammenarbeit, aber auch für die Kooperation auf anderen Gebieten, wie der Informatik, der Ozeanographie, der Meteorologie, der Umwelthygiene, der Metallurgie, den neuen Verkehrsmitteln und dem Fernmeldewesen, zur Entscheidung vorgelegt worden sind. Die enge Zusammenarbeit zwischen den vertraglich verbundenen Beneluxländern, den durch den Freundschaftsvertrag verbundenen Ländern Frankreich und Deutschland sowie mit Italien, müßte das motorische Kernstück der europäischen forschungspolitischen Zusammenarbeit werden, wobei diese Zusammenarbeit sich fugenlos und ergänzend in die übrige vor allem wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft einpaßte. Die forschungspolitische Zusammenarbeit müßte in der integrationspolitischen Perspektive, d. h. mit dem Fernziel einer gemeinsamen Politik, verfolgt werden.

Dieses Fernziel kann nur in Etappen erreicht werden. Die integrationspolitische Perspektive sollte dabei durch bilaterale Zusammenarbeit, die deshalb immer der Öffnung fähig sein muß, unterstützt werden. Die Erweiterung der Sechsergemeinschaft ist gerade im Bereich der forschungspolitischen Zusammenarbeit notwendig, um die Forschungsressourcen auf einen Wirtschaftsraum hin zu optimieren, dessen Wettbewerbsfähigkeit neue und größere Unternehmensstrukturen verlangt. Eine solche Erweiterung der Zusammenarbeit findet jedoch ihre Grenze in der integrationspolitischen Zielsetzung. Dieses Ziel wird gefährdet und kann dann nicht mehr verwirklicht werden, wenn mit der Größe des Teilnehmerkreises die Heterogenität der sachlichen und politischen Interessen derart anwächst, daß der Prozeß der Meinungsbildung bei der Zielsetzung oder die Durchführung konkreter Vorhaben wesentlich erschwert oder unmöglich gemacht werden.

### Ausbau der gemeinsamen Industrieforschung

Die forschungspolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft muß vor allem auch die Industrieforschung umfassen. Obgleich hier Grenzen des Förderungseinflusses aufgrund der nationalen Wirtschaftssysteme bestehen, dürften diese jedoch kaum so eng gezogen werden müssen, wie dies in der Vergangenheit getan worden ist. Die erheblichen finanziellen Förderungsmittel, die national und international eingesetzt werden, können im Rahmen einer abgestimmten oder gemeinsamen europäischen Politik zu einem Aktionsinstrument entwickelt werden, das für die Schaffung wettbewerbsfähiger Industriestrukturen eingesetzt werden kann. Hierbei muß sich die Forschungspolitik auch mit ihrer wirtschaftsrelevanten Förderungspolitik stärker

als bisher in gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Zielsetzungen der Regierungen einfügen. Bei der Vergabe nationaler und internationaler Finanzmittel zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Wohlstandssicherung müssen neue Förderungssysteme entwickelt werden, die auch sicherstellen, daß sich diese Förderung in ein allgemeines System der Vermögenspolitik und Mitbestimmungspolitik einordnet, durch die der Einsatz öffentlicher Mittel mit gerechtfertigt wird.

Die Projektzusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft muß wegen der integrationspolitischen Perspektive die Möglichkeit eröffnen, in ein Zusammenarbeitsprogramm eingeordnet oder erweitert zu werden. Eine Vielzahl untereinander unverbundener Projekte mag zwar im Einzelfall einem nationalen Teilziel dienen, dürfte aber kaum dazu beitragen, in Europa eine wettbewerbsfähige und politische Einheit zu schaffen. Die sich in forschungspolitischen Diskussionen abzeichnende Gefahr, eine inkohärente

ad hoc-Projektzusammenarbeit zu befürworten, enthüllt eine zu enge nationale Mentalität; europäische Zusammenarbeit wird hierbei im wesentlichen als Unterstützung differierender nationaler Zielsetzungen betrachtet. Die notwendige Flexibilität bei der Projektzusammenarbeit kann dagegen im Rahmen eines weiten Programms erreicht werden, auch ohne daß die Mitarbeit aller an jedem Projekt erforderlich ist. Unter Vermeidung der insoweit negativen Erfahrungen in der europäischen Atomgemeinschaft ist es nunmehr dringend notwendig, flexible Zusammenarbeitsmodelle für Projekte und Programme zu entwickeln.

#### Internationale Abstimmung der Ziele

Der Rahmen der Europäischen Gemeinschaft sollte ferner dazu benutzt werden, für die forschungs- und wissenschaftspolitischen Erörterungen in Organisationen mit größerem Mitgliederkreis oder mit speziellen Aufgaben eine gemeinsame Haltung abzustimmen. Dies gilt z. B. für die beson-

#### VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

## STAATLICHE REGULIERUNG DER LINIENSCHIFFFAHRT IN DEN USA

von Wolfgang Reisener

Die staatliche Regulierung der Linienschiffahrt in den USA wurde im Jahre 1961 durch Ergänzung des Shipping Act von 1916 erheblich verschärft. Seitdem führte die amerikanische Schiffahrtspolitik, die von der Federal Maritime Commission (FMC) überwacht wird, immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen in der internationalen Handelschiffahrt. In der vorliegenden Veröffentlichung werden diese Zusammenhänge erstmals in umfassender und kritischer Form untersucht. Angesichts der wachsenden Einflußnahme der Regierungen in aller Welt auf ihre Schiffahrt ist diese Neuerscheinung von höchster Aktualität.

122 Seiten, 1969, Großoktav, brosch. DM 34,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

deren Förderungszielen dienenden Nuklear- und Weltraumforschungsorganisationen, vor allem aber für die einen weiten Mitgliederkreis umfassenden allgemeine forschungs- und wissenschaftspolitische Themen bearbeitenden Organisationen, nämlich OECD, ECE und UNESCO.

Die OECD ist besonders geeignet für Erfahrungsaustausch, Analysen und Studien im wissenschaftspolitischen Bereich. Der relativ homogene Kreis westeuropäischer Industriestaaten sitzt hier mit den Amerikanern, Kanadiern und Japanern an einem Tisch. Gerade diese Zusammensetzung sollte dazu benutzt werden, eine ständige Konfrontation nationaler und internationaler Zielsetzungen der Industrieländer Europas, Nordamerikas und Asiens vorzunehmen. Dies setzt allerdings voraus, daß Europa mehr als bisher mit einer abgestimmten Meinung in diese Konfrontation geht, andernfalls besteht die Gefahr, daß dem politischen Gewicht der USA nur die Vielzahl heterogener Meinungen von den europäischen Staaten entgegengesetzt werden kann. Eine besser abgestimmte europäische Haltung als bisher scheint insbesondere im Hinblick auf die neuen von den USA besonders befürworteten Initiativen der OECD auf dem Gebiet der Umweltproblematik dringlich, da sich die Probleme des Umweltschutzes in den europäischen Staaten teilweise anders als in anderen Mitgliedsländern stellen und ganz unterschiedliche Lösungen verlangen; eine einseitige Festlegung der Diskussionsrichtung wäre den Problemen nur abträglich.

#### **Erfahrungsaustausch zwischen Ost und West**

Neben der OECD befassen sich neuerdings vor allem die ECE und UNESCO auf europäischer Ebene mit forschungs- und wissenschaftspolitischen Problemen. Hierbei ist die Abgrenzung der Aktivitäten nicht immer leicht. Wichtig ist vor allem, daß im Rahmen der ECE und der europäischen UNESCO-Regionalkonferenzen alle west- und osteuropäischen Staaten ihre Probleme gemeinsam erörtern. Ende Juni werden beispielsweise zum ersten Mal im Rahmen einer europäischen UNESCO-Regionalkonferenz alle europäischen Wissenschaftsminister Probleme des Wissenschaftspersonals, der Forschungsplanung und -förderung sowie der Grundlagenforschung erörtern. Sowohl die ECE als auch die UNESCO müssen in Arbeitsteilung zunehmend für einen Erfahrungsaustausch zwischen Ost und West nutzbar gemacht werden. Dabei sollten diese multilateralen Begegnungen, die am ehesten gemeinsame Interessen zweier oder mehrerer Staaten erkennen lassen, genutzt werden, um die ostpolitischen Initiativen der Bundesregierung

durch bilaterale Zusammenarbeitsprojekte zu unterstützen.

Da sich ein zu weiter Rahmen wegen der Verschiedenartigkeit der Interessen nicht immer für eine operationale, auf die Verwirklichung von konkreten Forschungs- und Entwicklungsprojekten gerichtete Zusammenarbeit eignet, ist die multilaterale Zusammenarbeit allgemein durch bilaterale Zusammenarbeit zu ergänzen. Die bilaterale Zusammenarbeit greift weit über den europäischen Rahmen hinaus. Trotzdem hat sie auch in diesem Rahmen ihre besondere Bedeutung. Zur Stärkung der forschungspolitischen Zusammenarbeit in der europäischen Gemeinschaft müssen vor allem die Konsultationen und Begegnungen im Rahmen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zu einer treibenden Kraft entwickelt werden. Neben forschungspolitischen Abstimmungen zur gemeinsamen Stärkung und Vertiefung der Gemeinschaft sollten Forschungs- und Entwicklungsprojekte bilateral vorbereitet werden, die dann für eine Zusammenarbeit in der Gemeinschaft angeboten werden können.

#### **Bedeutung bilateraler Zusammenarbeit**

Während die multilaterale Zusammenarbeit im Rahmen der OECD, ECE und UNESCO vor allem ordnungspolitischen Zielen dient, führt die bilaterale Zusammenarbeit bei Arbeitsteilung zu Kostenersparnissen und öffnet neue Märkte für Produkte, die auf fortgeschrittenen Technologien beruhen. Wichtig ist jedoch, daß die bilaterale Zusammenarbeit immer in der Perspektive langfristiger Ziele erfolgt, damit nicht durch ein geschichtlich überholtes Netz von Entente-Politiken künftige multilaterale Zusammenschlüsse oder deren Fortführung behindert werden.

Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß die europäische forschungspolitische Zusammenarbeit nicht losgelöst von der bildungspolitischen Zusammenarbeit, wie dies in der Vergangenheit weitestgehend getan worden ist, gesehen werden sollte. Das Bildungssystem von heute ist entscheidend für den Forschungsstand von morgen. Die Umkehrung dieses Satzes wirft ein Licht auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Europa und seine Stellung in Forschung und Entwicklung. Deshalb müssen alle forschungspolitischen Maßnahmen ins Leere stoßen, wenn nicht im Rahmen eines umfassenden wissenschaftspolitischen Konzepts Forschungs- und Bildungspolitik verklammert werden. Dies gilt im europäischen Rahmen genauso wie auf nationalem Gebiet. Zu den skizzierten Aufgaben einer europäischen Forschungspolitik muß deshalb die bildungspolitische Verklammerung, die bislang nur in sehr schwachen Ansätzen vorhanden ist, geschaffen werden.